


## Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.02.2026

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19:06 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Mroß
<b>Schriftführer:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung 2028 - 2032 BE: Leiter des Jugendamtes	<b>0397/26</b>
3.2.	Sitzungsplanung der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2026 BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister	<b>0401/26</b>
3.3.	Änderung der Besetzung des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung des Jugendhilfeausschusses für die Fraktion Die Linke BE: Herr Schröter, Mitglied des Jugendhilfeausschusses	<b>0444/26</b>

4. Genehmigung der Niederschriften
- 4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 25.09.2025
- 4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 27.11.2025
- 4.3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.01.2026
5. Einwohnerfragestunde
6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. Änderung der Stellvertretung eines stimmberechtigten Mitglieds im Unterausschuss "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" **0091/26**  
BE: Herr Oschmann, Mitglied des Jugendhilfeausschusses
- 6.2. Finanzierung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) beim Stadtjugendring Erfurt **0140/26**  
BE: Herr Fuchs, Mitglied des Jugendhilfeausschusses  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
- 6.3. Anerkennung "BILING e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII **0240/26**  
BE: Vertreter des Jugendamtes  
hinzugezogen: Vertreter des BILING e. V.
- 6.4. Änderung Zusammensetzung Unterausschuss "Hilfen zur Erziehung" **0279/26**  
BE: Vertreter des Jugendamtes
- 6.5. Änderung Zusammensetzung Unterausschuss "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" **0280/26**  
BE: Vertreter des Jugendamtes
- 6.6. Förderung von ThEKiZ-Standorten in Erfurt 2026 **0335/26**  
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

- 7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 7.1. Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030  
BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend;  
alle Ortsteilbürgermeister/-innen **0185/26**
- 7.2. Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten **2840/25**  
BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
- 7.2.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2840/25 – Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten **2981/25**
- 8. Festlegungen des Ausschusses
- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 6.1 (Drucksache 0704/25) - hier: Berichterstattung zu Fallzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen  
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend **1455/25**
- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 21.08.2025 zum TOP 8.3 - Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 0849/23 (Drucksache 1464/25) - hier: Vorstellung der Testphase für den digitalen Familienpass  
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend **2000/25**
- 9. Informationen
- 9.1. Reaktivierung des Lokalen Bündnisses für Familie in Erfurt  
BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister **2913/25**

- 9.2. Bericht Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025  
BE: Leiter des Jugendamtes **2338/25**
- 9.2.1. Nachfragen zur Drucksache 2338/25 - Bericht Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025  
BE: Frau Paton, Mitglied des Jugendhilfeausschusses  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend **2910/25**
- 9.3. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)  
BE: Leiter des Jugendamtes
- 9.4. Sonstige Informationen

1.           **Eröffnung und Begrüßung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, den Beigeordneten für Bau, Verkehr und Umwelt, die Ortsteilbürgermeister sowie alle Gäste. Sodann stellte er die form- und fristgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Sitzungsbeginn waren 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Da es in der vorangegangenen Sitzung Fragen und Unklarheiten bezüglich der „Persönlichen Beteiligung“ der Ausschussmitglieder gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses gab, informierte Herr Mroß über den Hinweis des Sitzungsdienstes:

*Persönlich beteiligt ist jemand, wenn die Beschlussfassung dem Ausschussmitglied selbst, seinem Ehegatten, einem Verwandten oder einer von ihm vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringt.*

*→ Dann darf es an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.*

*→ Bei öffentlichen Sitzungen darf sich das Mitglied weiter im Sitzungsraum aufhalten.*

*→ Es gilt das Offenbarungsprinzip, das heißt das möglicherweise betroffene Mitglied muss die Umstände, die eine persönliche Beteiligung begründen könnten, von sich aus offenlegen. Der Sitzungsdienst prüft dann die Beteiligungsfähigkeit.*

2.           **Änderungen zur Tagesordnung**

Es lagen sieben schriftliche Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

Wie der Ausschussvorsitzende, Herr Mroß, mitteilte, wurde die zusätzliche Aufnahme folgender Drucksachen in die Tagesordnung beantragt.

- Drucksache 0397/26 – Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung 2028 – 2032
- Drucksache 0401/26 – Sitzungsplanung der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2026
- Drucksache 0444/26 – Änderung der Besetzung des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung des Jugendhilfeausschusses für die Fraktion Die Linke

Die Dinglichkeitsschreiben zu den Drucksachen 0397/26 und 0401/26 lagen in Anlage 2 vor. Da hierzu keine Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Mroß darüber abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis Drucksache 0397/26

Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 3.1 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

#### Abstimmungsergebnis Drucksache 0401/26

Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 3.2 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

#### Abstimmungsergebnis Drucksache 0444/26

Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde erreicht und die Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 3.3 dringlich in die Tagesordnung aufgenommen.

Weiterhin wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Mroß, die gemeinsame Behandlung von Drucksachen jeweils bei getrennter Abstimmung vorgeschlagen.

- Tagesordnungspunkt 3.1 (Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung 2028 bis 2032 – Drucksache 0397/26) gemeinsam mit dem TOP 3.2 (Sitzungsplanung der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2026 – Drucksache 0401/26)
- Tagesordnungspunkt 7.1 (Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 – Drucksache 0185/26) gemeinsam mit dem TOP 7.2 (Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten – Drucksache 2840/25)

Gegen die Vorschläge erhob sich kein Widerspruch.

Herr Mroß informierte weiter, dass folgende Drucksachen vorgezogen werden sollen:

- Behandlung des Tagesordnungspunktes 6.3 (Anerkennung "BILING e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII – Drucksache 0240/26) aufgrund der Anwesenheit von Gästen nach der Einwohnerfragestunde als erste Entscheidungsvorlage
- Behandlung des Tagesordnungspunktes 8.2 (Festlegung zur Vorstellung der Testphase für den digitalen Familienpass – Drucksache 2000/25) aufgrund der Anwesenheit von Gästen nach dem ebenfalls vorgezogenen TOP 6.3

Hiergegen formulierte sich ebenfalls kein Widerspruch.

Weitere mündliche Anträge blieben auf Nachfrage aus. Sodann stellte der Vorsitzende, Herr Mroß, die Tagesordnung in geänderter Form zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

### **3. Dringliche Angelegenheiten**

#### **3.1. Zeitplan Integrierte Jugendhilfeplanung 2028 - 2032                      0397/26 BE: Leiter des Jugendamtes**

Mit dem Hinweis von Herrn Mroß (Vorsitzender), dass der TOP 3.1 gemeinsam mit dem TOP 3.2 (Sitzungsplanung der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2026 – Drucksache 0401/26) aufgerufen wird und die Drucksachen als Tischvorlage auslagen bzw. im Bürgerinformationssystem einsehbar waren, wurde in die Beratung eingestiegen.

Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes erläuterte die zeitlichen und inhaltlichen Änderungen in den Planungsschritten zur Erstellung der Integrierten Jugendhilfeplanung. Infolge der Einrichtung von zwei zusätzlichen Unterausschüssen sind neben Sitzungen der einzelnen Gremien auch gemeinsame Sitzungen der Unterausschüsse vorgesehen, um Querschnittsthemen und die Kooperation der Leistungsfelder im Sozialraum zu behandeln.

Die Nachfrage von Herrn Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) zur gemeinsamen Sitzung des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung mit dem Unterausschuss Kinder-, Jugend- und Familienförderung am 19.03.2026 wurde durch die Referentin Dezernatskoordination/Sitzungsdienst beantwortet. An diesem Tag finden zunächst die konstituierenden Sitzungen der beiden Unterausschüsse statt, im Anschluss erfolgt dann die gemeinsame Beratung beider Gremien.

Herr Mroß (Vorsitzender) bekräftigte das Ansinnen, die unterschiedlichen Förderpläne zusammenzudenken und Synergien zwischen den bisher alleinstehenden Fachplanungen herzustellen. Er bedankte sich bei der Stadtverwaltung für die Überarbeitung des Konzeptes als entsprechende Arbeitsgrundlage.

Weiteren Diskussionsbedarf gab es nicht, sodass über die Drucksachen abgestimmt wurde.

#### Abstimmungsergebnis Drucksache 0397/26

Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

#### Abstimmungsergebnis Drucksache 0401/26

Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

#### Beschluss

Der Zeitplan für die Integrierte Jugendhilfeplanung 2028 – 2032<sup>1</sup> wird beschlossen.

3.2.            **Sitzungsplanung der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2026**            0401/26  
                  **BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister**

siehe Tagesordnungspunkt 3.1

beschlossen Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

#### Beschluss

Die Sitzungsplanung der Unterausschüsse des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2026 wird entsprechend der Anlage 1<sup>2</sup> beschlossen.

---

<sup>1</sup> Die Anlage 1 der Drucksache liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 1 bei.

<sup>2</sup> Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 2 bei.

- 3.3. Änderung der Besetzung des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung des Jugendhilfeausschusses für die Fraktion Die Linke 0444/26  
BE: Herr Schröter, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Die Drucksache lag als Tischvorlage aus, teilte der Vorsitzende, Herr Mroß, mit. Mangels Wortmeldungen wurde umgehend zur Abstimmung übergegangen.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

### Beschluss

Die Besetzung des Unterausschusses Hilfen zur Erziehung des Jugendhilfeausschusses wird wie folgt geändert:

Mitglied: Frau Doris Wagner (alt: Herr Benjamin Kaskel-König)

1. Stellvertreter: Herr Dr. Steffen Kachel

2. Stellvertreter: Herr Björn Schröter

4. Genehmigung der Niederschriften

- 4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 25.09.2025

Es lagen keine schriftlichen bzw. mündlichen Einwände vor.

genehmigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

- 4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 27.11.2025

Es lagen keine schriftlichen bzw. mündlichen Einwände vor.

genehmigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

**4.3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 15.01.2026**

Es lagen keine schriftlichen bzw. mündlichen Einwände vor.

**genehmigt Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

**5. Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Fragestellungen vor.

**6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen**

- 6.1. Änderung der Stellvertretung eines stimmberechtigten Mitglieds im Unterausschuss "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" 0091/26**  
BE: Herr Oschmann, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Die Drucksache wurde nach dem Tagesordnungspunkt 8.2 aufgerufen.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**Beschluss**

Die Besetzung im Unterausschuss "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" (Anlage 1 zur Drucksache 2566/25; Mitglieder nach Beschlusspunkt 1b) wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
Herr Matthias Weiß	Herr Johannes Döring	alt: N.N neu: Frau Viktoria Perleth

- 6.2. Finanzierung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) beim Stadtjugendring Erfurt 0140/26  
BE: Herr Fuchs, Mitglied des Jugendhilfeausschusses  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Es lagen keine Wortbeiträge vor. Aus Gründen der persönlichen Beteiligung nach § 38 ThürKO nahmen Herr Fuchs und Frau Gerlinger (beide Vertreter des Stadtjugendrings Erfurt) nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

**beschlossen Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 2**

### Beschluss

Die Erhöhung der Sachkosten des Stadtjugendrings Erfurt um 3.480,00 Euro auf 12.219,00 Euro im Haushaltsjahr 2026 wird beschlossen.

- 6.3. Anerkennung "BILING e.V." als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII 0240/26  
BE: Vertreter des Jugendamtes  
hinzugezogen: Vertreter des BILING e. V.

Gemäß dem Tagesordnungspunkt 2 wurde die Drucksache aufgrund der Anwesenheit von Gästen vorgezogen und nach dem TOP 5 – Einwohnerfragestunde – aufgerufen.

Zunächst wurde durch Herrn Mroß (Vorsitzender) das Rederecht für die Vertreterin des BILING e. V. beantragt und mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen erteilt.

In ihren Ausführungen stellte sie die Tätigkeit des Vereins vor. Der Name „BILING“ steht für bilinguale Bildung und meint im speziellen die Zweisprachigkeit mit deutscher Laut-, Schrift- und Gebärdensprache. Der Verein berät und unterstützt Familien mit hörbehinderten Kindern bzw. auch selbst betroffene Eltern.

Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) bat um nähere Auskünfte zur Arbeit und dem Standort des Vereins.

Die Vertreterin des BILING e. V. informierte über die zielgruppenspezifischen Angebote und die Anlaufstelle am Julius-Leber-Ring 52 im Ortsteil Roter Berg.

Auf Nachfrage von Herrn Mroß (Vorsitzender) nach den Stellenanteilen und der Vernetzung mit anderen Akteuren nahm die Vereinsvertreterin mit Verweis auf die Zusammenarbeit mit Kita- und Schuldolmetschern, Kita-Assistenten und Pflegeberatungsstellen Stellung.

Derzeit verfügt der Verein am Standort Erfurt über eine halbe Vollzeitstelle und einen Ansprechpartner im Ehrenamt.

Weitere Nachfragen wurden nicht gestellt. Sodann wurde über die Drucksache abgestimmt.

beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### Beschluss

Der Träger "BILING e.V." wird gemäß § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt anerkannt.

Anschließend wurde mit dem Tagesordnungspunkt 8.2 fortgefahren.

- 6.4. Änderung Zusammensetzung Unterausschuss "Hilfen zur Erziehung" 0279/26  
BE: Vertreter des Jugendamtes

Es lagen keine Wortmeldungen vor, sodass umgehend darüber abgestimmt wurde.

beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

### Beschluss

Der Beschluss 2550/25 vom 27.11.2025 „Einrichtung eines Unterausschusses Hilfen zur Erziehung“ wird in Beschlusspunkt 01 wie folgt ergänzt (Ergänzung unterstrichen):

...

f) ein beratendes Mitglied gemeinsam benannt durch den Stadtelternbeirat Kindertageseinrichtungen und die Kreiselternvertretung Schulen der Landeshauptstadt Erfurt

...

- 6.5. Änderung Zusammensetzung Unterausschuss "Kinder-, Jugend- und Familienförderung" 0280/26  
BE: Vertreter des Jugendamtes

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat der Vorsitzende um ein Votum zur Drucksache.

beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

## Beschluss

Der Beschluss 2566/25 vom 27.11.2025 „Einrichtung eines Unterausschusses Kinder-, Jugend- und Familienförderung“ wird in Beschlusspunkt 01 wie folgt ergänzt (Ergänzung unterstrichen):

...

f) ein beratendes Mitglied gemeinsam benannt durch den Stadtelternbeirat Kindertageseinrichtungen und die Kreiselternervertretung Schulen der Landeshauptstadt Erfurt

...

- 6.6. Förderung von TheKiZ-Standorten in Erfurt 2026 0335/26  
BE: Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen  
hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Der Vorsitzende, Herr Mroß, informierte, dass die Drucksache vom Unterausschuss Kindertageseinrichtungen mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt wurde. Die Stellungnahme des Jugendamtes lag als Tischvorlage aus.

Zunächst legte Herr Edom (Vertreter des Diakonischen Werkes und Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen) die Diskussionsergebnisse des zuständigen Unterausschusses dar. Der Verteilungsvorschlag der Stadtverwaltung wurde intensiv geprüft und letztlich bestätigt. Gleichwohl wurde die Überarbeitungsbedürftigkeit des Antrags- und Förderverfahrens festgestellt, um spezifische Auswahlkriterien zu definieren und den Abwägungsprozess transparenter zu gestalten. Mithin sei es dem Unterausschuss wichtig gewesen, möglichst viele Einrichtungen vom Grundgedanken der Thüringer Eltern-Kind-Zentren profitieren zu lassen.

Da keine Nachfragen aus dem Gremium vorlagen, wurde über die Drucksache abgestimmt.

beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

## Beschluss

Die Förderung der TheKiZ-Standorte in Erfurt wird entsprechend der Anlage 1<sup>3</sup> auf der Grundlage des Bewilligungsbescheides des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) sowie der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für das Haushaltsjahr 2026 in Höhe von 150.000,00 EUR beschlossen.

---

<sup>3</sup> Die Anlage 1 des Beschlusses liegt der öffentlichen Niederschrift als Anlage 3 bei.

## 7. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

- 7.1. **Mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030** 0185/26  
**BE: Herr Mroß, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses**  
**hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend;**  
**alle Ortsteilbürgermeister/-innen**

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem TOP 7.2 (Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten – Drucksache 2840/25) aufgerufen.

Die Vorsitzende, Herr Mroß, informierte zunächst, dass die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu der durch den Jugendhilfeausschuss geänderten mittelfristigen Bedarfsplanung als Tischvorlage auslag und im Bürgerinformationssystem eingesehen werden konnte. Im Rahmen der Vorberatung zu dieser Drucksache werden alle Ortsteilräte angehört. Die bisher beteiligten Ortsteile haben die Drucksache entweder bestätigt oder kein Votum abgegeben. Zur Sitzung wurden auch alle Ortsteilbürgermeister/-innen eingeladen.

Anschließend beantragte er für den Ortsteilbürgermeister Hochheim, Herrn Peschke, und die Ortsteilbürgermeisterin Melchendorf, Frau Wolff-Hölbe, das Rederecht, welches ohne Widerspruch erteilt wurde.

In seinen Ausführungen problematisierte der Ortsteilbürgermeister Hochheim, Herr Peschke, die Senkung der Bedarfsplanzahl im Katholischen Kindergarten "St. Elisabeth" und "St. Bonifatius" von 80 auf 60 Betreuungsplätzen. Vor dem Hintergrund der möglichen Schließung des Kindergartens in Bischleben und vermehrter Anfragen der Elternschaft sei die Bedarfslage höher als angegeben. Im Zusammenhang mit den Finanzierungslücken zur Betreuung von Kindergärten, insbesondere im ländlichen Raum, begrüßte er die angestoßene Debatte zum Kita-Moratorium. Darüber hinaus sei auch eine Sicherung der Gebäudestrukturen erforderlich. Weiterhin kündigte er einen Änderungsantrag des Ortsteilrates an, der auf Seite 6 der Anlage zur Anlage 1 (lfd. Nummer 7) die Anhebung der Bedarfsplanzahl 2026/2027 von 60 auf 80 Betreuungsplätze vorsieht.

Frau Wolff-Hölbe, Ortsteilbürgermeisterin Melchendorf, gab an, dass der katholische Kindergarten „St. Nikolaus“ vor einer ähnlichen Situation stünde. Dabei habe der Ortsteilrat bereits Mittel für die Gestaltung der Außenanlage verausgabt. Diesbezüglich hinterfragte sie, ob im Zuge der Bedarfseinschätzung der Sanierungsstand von Einrichtungen und der Abfluss öffentlicher Gelder berücksichtigt wurde.

Die Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Zang, unterstrich die gewissenhafte Arbeit des zuständigen Unterausschusses sowie die Auswahl des Stichtages am 01.07. für die Anmeldezahlen in der jeweiligen Einrichtung. Man dürfe nicht einen Kindergarten bzw. Träger nicht gegen den anderen ausspielen.

Die Nachfrage von Herrn Rechenbach (Vertreter der Fraktion CDU), ob mit der katholischen Kirchengemeinde Melchendorf/Hochheim bereits ein Trägergespräch geführt wurde, wurde durch Herrn Trier (Leiter des Jugendamtes) verneint. Dieser sagte aber eine zeitnahe Kontaktaufnahme zu.

Bezugnehmend auf den Beratungsverlauf zu den Vorgänger-Drucksachen 2787/25 i. V. m. 0158/26<sup>4</sup> stellte Herr Mroß (Vorsitzender) die Notwendigkeit zur Abgabe eines erneuten fachpolitischen Votums des Jugendhilfeausschusses dar. Er verwies zum einen auf die derzeit auftretenden gesellschaftlichen und trägerbezogenen Rahmenbedingungen, zum anderen auf die Funktion als Planungsmatrix. Die mittelfristige Bedarfsplanung greife weder in die Finanzierungsverfahren ein noch schreibe es verbindliche Betreuungsplatzzahlen fest. Das Moratorium fuße auf dem politischen Versprechen des Oberbürgermeisters, keine Einrichtungen schließen und keine Erzieher entlassen zu wollen. Um diesem gerecht zu werden, solle eine zweijährige Schutzzeit die bedarfsgerechte Versorgung unter den Aspekten der Trägervielfalt und Standorterhaltung sicherstellen. Hierfür gebe es im Haushalt entsprechende Haushaltsstellen sowie die Bestrebungen auf Landesebene zum Ausgleich von kommunalen Mehrbelastungen. Die einjährige Bedarfsplanung werde zurzeit durch den Unterausschuss erarbeitet und in der April-Sitzung vorgelegt.

Die Aussage seines Vorredners nahm Herr Edom (Vertreter des Diakonischen Werkes; Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen) zum Anlass, folgende Änderung im Beschlussvorschlag zu beantragen:

*01*

*Die in der Anlage 1 befindliche mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 wird ~~beschlossen~~ **zur Kenntnis genommen**.*

*(...)*

Herr Dr. Kachel (Vertreter der Fraktion Die Linke) äußerte sich hinsichtlich der verwendeten statistischen Daten und der ihm vorliegenden Prognose der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) skeptisch, dass in den 2030er-Jahren ein Aufwärtstrend in den Geburtenzahlen in Erscheinung trete. Weiterhin überzeuge ihn das Moratorium nicht, da die vorgesehene Unterstützung pauschal gelte und nicht nach Bedürftigkeit unterscheide.

Trotz der sich abzeichnenden finanziellen Schieflage sitze die Stadtspitze die Situation auf dem Rücken der freien Träger, Ortsteile, Fachkräfte und der Elternschaft aus, monierte die Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt, Frau Trautwein. Das Jugendamt habe einen Steuerungsauftrag auf rückläufige Kinderzahlen proaktiv und unter Berücksichtigung der Planungsräume, des Wohnungsbaus und möglicher Fördermittel zu agieren, um ein „gesundes Schrumpfen“ zu ermöglichen statt den Rotstift anzusetzen. Dagegen würden die Träger sich selbst überlassen, welche Einrichtung sie als erstes schließen müssten.

---

<sup>4</sup> Abstimmungsergebnis vom 15.01.2026:

Ja-Stimmen 9

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 2

Der Beigeordnete Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, wies den Vorwurf zurück, dass die Stadtverwaltung mit der vorgelegten Drucksache plane „den Rotstift anzusetzen“. Das Papier beruhe auf einem im Unterausschuss ausgehandelten und mehrheitlich getragenen Kompromiss, der den faktischen Betreuungsbedarf ausweise.

Mit Blick auf die umfassende Stellungnahme der Stadtverwaltung und den partizipativen Prozess im planungszuständigen Unterausschuss äußerte Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) Unverständnis über die Aussagen von Frau Trautwein. In den Sitzungen wurden gemeinsam geeignete Maßnahmen zum Umgang mit den circa 2.000 schwindenden Betreuungsplätzen entwickelt. Mit einem sorgfältigen Abbau bei gleichzeitiger Erhaltung von Struktur und Vielfalt, Trägergesprächen sowie der Orientierung am Wunsch- und Wahlrecht der Eltern verfolge Erfurt einen anderen Weg als beispielsweise die Stadt Jena.

Herr Edom (Vertreter des Diakonischen Werkes; Vorsitzender des Unterausschusses Kindertageseinrichtungen) betonte, dass das Dokument keine verbindliche Personalplanung darstelle. Dennoch könne man die Notsituation nicht einfach hinnehmen, sondern müsse nachsteuern und die Verantwortung für das pädagogische Personal wahrnehmen. Zudem solle dies nicht pauschal, sondern auf begründeten Antrag geschehen.

Im Kontext mit der Gesamtverantwortung des Stadtrates als kommunaler Haushaltsgesetzgeber hinterfragte die Vertreterin der Fraktion CDU, Frau Karger, abermals die fehlende Darstellung der finanziellen Auswirkungen des Moratoriums. Sie habe die Fachplanungen in den vergangenen Jahren stets sehr qualitäts- und verantwortungsvoll wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund sei es nicht nachvollziehbar, warum die Ursprungsdrucksache des dafür gegründeten Unterausschusses in dieser Art und Weise verändert werde. Der von einigen Seiten erweckte Eindruck, die Erfurter Kindergarten-Landschaft stünde vor dem Untergang, sei aus ihrer Sicht der auf Fakten basierenden Debattenkultur nicht zuträglich. Infolgedessen könne sie der Beschlussvorlage in der Form nicht zustimmen.

Nachdem die Debatte erschöpft war, fragte Herr Mroß (Vorsitzender), ob es weitere Anträge gebe. Hierzu meldete er sich selbst zu Wort und beantragte die Abstimmung des mündlichen Änderungsantrags des Orteilbürgermeister Hochheim. Weiterhin stellte Herr Rechenbach (Vertreter der Fraktion CDU) einen Antrag auf Einzelabstimmung.

Abstimmungsergebnis – mündlicher Antrag Orteilbürgermeister Hochheim (Anlage zur Anlage 1 (lfd. Nummer 7 aus Seite 6) Anhebung der Bedarfsplanzahl 2026/27 von 60 auf 80 Betreuungsplätze)

Ja-Stimmen	0
Nein-Stimmen	6
Enthaltungen	7

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis – Antrag auf Einzelabstimmung

Ja-Stimmen	2
Nein-Stimmen	8
Enthaltungen	1

Damit wurde der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Abstimmungsergebnis – Drucksache 0185/26 in Fassung des mündlichen Änderungsantrages von Herrn Edom

Ja-Stimmen	6
Nein-Stimmen	3
Enthaltungen	5

Damit wurde die Drucksache bestätigt.

Daraufhin vertagte der Vorsitzende, Herr Mroß, als Einreicher die Drucksache 2840/25.

**bestätigt mit Änderungen Ja 10 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0**

- 7.2. Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten 2840/25**  
**BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN**  
**hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend**

siehe Tagesordnungspunkt 7.1

**vertagt**

- 7.2.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2840/25 – Kita-Moratorium Erfurt – Fachkräfte sichern, Strukturen bedarfsgerecht entwickeln, Qualität frühkindlicher Bildung erhalten 2981/25**

siehe Tagesordnungspunkt 7.1

**vertagt**

## 8. Festlegungen des Ausschusses

- 8.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 22.05.2025 zum TOP 6.1 (Drucksache 0704/25) - hier: **Berichterstattung zu Fallzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindeswohlgefährdungen** 1455/25  
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Nach der Vorbemerkung von Herrn Mroß, dass die Stellungnahme der Stadtverwaltung als Tischvorlage auslag und im Bürgerinformationssystem eingesehen werden konnte, wurde in die Beratung eingestiegen. Auf Nachfrage des Vorsitzenden zur personellen Situation im Allgemeinen Sozialdienst nahm ein Vertreter des Jugendamtes unter Verweis auf eine Informationsdrucksache in der kommenden Sitzung Stellung.

Bezüglich der von Herrn Rechenbach (Vertreter der Fraktion CDU) erfragten Gründe zur abnehmenden Fallzahlentwicklung wurde um bilaterale Kontaktaufnahme mit der zuständigen Abteilungsleiterin im Jugendamt gebeten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Drucksache wurde zur jährlichen Wiedervorlage im Jugendhilfeausschuss einvernehmlich vertagt.

**vertagt**

- 8.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 21.08.2025 zum TOP 8.3 - Umsetzung des Beschlusses zur Drucksache 0849/23 (Drucksache 1464/25) - hier: **Vorstellung der Testphase für den digitalen Familienpass** 2000/25  
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Gemäß dem Tagesordnungspunkt 2 wurde die Drucksache ebenfalls vorgezogen und nach dem TOP 6.3 aufgerufen.

Herr Mroß (Vorsitzender) begrüßte die anwesenden Projektmitarbeiter der Agentur Frank & Haueis und beantragte für die beiden Vertreter das Rederecht. Dieses wurde von den Ausschussmitgliedern ohne Widerspruch erteilt.

In ihrem Eingangsstatement stellten die Vertreter der Agentur Frank & Haueis den aktuellen Sachstand zur Entwicklung des digitalen Familienpasses ausführlich dar. Nach dem Abschluss der konzeptionellen Phase soll in einem nächsten Schritt die technischen Rahmenbedingungen geklärt werden. Neben dem Dezernat 05 und dem Jugendamt ist auch die Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit in den Prozess involviert. Einigkeit besteht unter den Mitwirkenden darin, dass der Familienpass als zentrales Produkt der Landeshauptstadt Erfurt angeboten und nicht an Dritte ausgegliedert werden soll.

Die anschließende Debatte, an der sich Herr Dr. Kachel (Fraktion Die Linke), Herr Mroß (Vorsitzender), Herr Uhlig (Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) und Frau Zang (Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beteiligten, orientierte sich an der Kompatibilität mit der Familien-App des Freistaates Thüringen, der digitalen und analogen Abrufbarkeit, den bestehenden rechtlichen und technischen Hürden, der weiteren Zeitschiene sowie der digitalen Souveränität des Angebots.

Ergänzend ging die zuständige Mitarbeiterin des Jugendamtes auf die Umsetzungsperspektive zur Entwicklung eines Prototyps unter der Beteiligung des Amtes für Informationstechnik und Statistik, der bedarfsgerechten Vorhaltung von Digital- und Printvarianten und den Mitteleinsatz zur nachfrageorientierten Erweiterung der Angebotsstruktur ein.

Im Ergebnis der Aussprache wurde sich auf nachstehende Festlegung verständigt:

<b>Drucksache 0463/26</b>	<p>In Anbetracht der mündlichen Ausführungen der zuständigen Vertreterin des Jugendamtes und der Vertreter der beauftragten Agentur Frank &amp; Haueis wurde um einen aktualisierten Sachstandsbericht zur Umsetzungsperspektive des digitalen Familienpasses gebeten. Dieser soll sich insbesondere an folgenden Gesichtspunkten orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Aktualisierung der Zeitschiene im Hinblick auf den Familienpass im Jahr 2027</li><li>– Aufbau der Anwendung, Layout</li><li>– Evaluationsprozess zur Weiterentwicklung der Angebotsstruktur</li><li>– Angliederung an die Familien-App des Freistaates Thüringen</li><li>– Überwindung bestehender Hürden (z. B. Datenschutz, Vergaberecht, Schnittstellen)</li></ul> <p><b>T: 27.08.2026</b> <b>V: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend</b></p>
-------------------------------	--

**zur Kenntnis genommen**

Anschließend wurde mit dem Tagesordnungspunkt 6.1 fortgefahren.

## 9. Informationen

### 9.1. Reaktivierung des Lokalen Bündnisses für Familie in Erfurt 2913/25 BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Schubert, erläuterte die Reaktivierung des Lokalen Bündnisses für Familie sowie deren inhaltliche Fortentwicklung. Das Konzept aus dem Jahr 2005 ist überarbeitungsbedürftig. Nach ihrer Aussage sollen die Fortschritte dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig zur Verfügung gestellt werden.

Nachfragen gab es nicht.

**zur Kenntnis genommen**

### 9.2. Bericht Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025 2338/25 BE: Leiter des Jugendamtes

#### 9.2.1. Nachfragen zur Drucksache 2338/25 - Bericht Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025 2910/25 BE: Frau Paton, Mitglied des Jugendhilfeausschusses hinzugezogen: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt, Frau Paton, bedankte sich für die umfassende Beantwortung ihrer Nachfragen. Darüber hinaus erkundigte sie sich nach den personellen Planungen zur Erhaltung der Stellen der Verfahrenslotsen. Herr Trier (Leiter des Jugendamtes) verwies auf die Unzuständigkeit des Ausschusses in der Sache.

Weitere Nachfragen lagen nicht vor. Beide Drucksachen wurden zur Kenntnis genommen.

**zur Kenntnis genommen**

**9.3. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)**  
**BE: Leiter des Jugendamtes**

Wie der Leiter des Jugendamtes, Herr Trier, informierte, wurde in der Stadtrats-Sitzung am 11.02.2026 ein jugendhilferelevanter Beschluss gefasst. Mit der Drucksache 0239/26 – Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktionen SPD & PIRATEN, Die Linke und Mehrwertstadt – wurde für das stimmberechtigte Mitglied der Fraktion Die Linke, Herrn Björn Schröter, als 1. Stellvertreter Herr Dr. Steffen Kachel und als 2. Stellvertreterin Frau Katja Maurer in den Jugendhilfeausschuss gewählt.


Weitere Beschlüsse gab es nicht.

**9.4. Sonstige Informationen**

Der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt informierte über den Baufortschritt am Kindergarten „Haus der bunten Träume“ (Kita 54) in Trägerschaft der AWO.

Da kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete der Vorsitzende, Herr Mroß, die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Mroß  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer